FileNr:76|id:7YNF-4W91-2PFH-X04M|date:2010-06-09|source:Welt|title:Die Euro-Krise richtet den Blick auf die wirklichen Ursachen; Staatsverschuldung und Sozialaufwand: Am Sparen führt kein Weg mehr vorbei

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Nach quaelendem Stillstand naehert sich die wirtschaftspolitische Debatte in Deutschland der Realitaet. Sie kann nicht mehr ignorieren, wie sehr der Staat in der Klemme zwischen spaerlicheren Einnahmen und ausgabenseitiger Ueberforderung steckt. Viele sehen in den Hilfen fuer die Eurozone die Ursache allen Uebels. Dies verkennt das grosse Eigeninteresse an den Hilfen.

Deutschland profitiert viel von der Waehrungsunion. Dank des Euro kann die mittelstaendische Wirtschaft mit dem Gros ihrer Auslandskunden auf einer stabilen Rechnungsbasis handeln. Und dank des Euro sind unsere Unternehmen trotz aller Turbulenzen weltweit wettbewerbsfaehig geblieben. Die vielfach kritisierten Maerkte haben den Blick zu Recht auf die Staatsverschuldung gelenkt. Deren Eindaemmung ist das grosse Thema - auch in Deutschland. Der staatliche Schuldenberg von fast 1,8 Billionen Euro hier resultiert im Wesentlichen nicht aus den Verwerfungen der juengsten Krisenlagen. Angehaeuft hat ihn vor allem ein Transferstaat, der seit Jahrzehnten mehr umverteilt, als er solide finanzieren kann. Seit 1970 ist der Sozialaufwand je Einwohner von 1420 auf rund 9200 Euro gestiegen. Mittlerweile reichen selbst die gesamten Steuereinnahmen des Bundes nicht mehr aus, die Kosten fuer Soziales und Schuldzinsen zu zahlen. Gemessen am Sozialprodukt hat sich die Staatsverschuldung seit 1970 von 18 auf 73 Prozent vervierfacht. Bis 2020 koennte der Schuldenberg auf 100 Prozent anschwellen. Dabei sind die Belastungen durch die Sozialsysteme noch gar nicht beruecksichtigt. Dort tuermt sich eine verdeckte Verschuldung von fast 5800 Milliarden Euro auf. Alles in allem beginnt jedes Neugeborene sein Leben mit einer Schuldenlast von 92 000 Euro. Je mehr die Staatsverschuldung zunimmt, desto mehr muessen Buerger und Unternehmen hoehere Steuern und steigende Zinsen fuerchten. Das schlaegt negativ auf die unternehmerische Investitionstaetigkeit und die Leistungsbereitschaft der Buerger durch. Aber nur mit der Schubkraft einer wachsenden Wirtschaft besteht die Chance, von den ueberhoehten Schulden wegzukommen. Aus dem Dilemma gibt es einen Ausweg: Der Staat muss weniger ausgeben, damit er wieder mehr einnehmen kann. Sparen heisst das Gebot fuer die oeffentlichen Haushalte. Davon koennen die Sozialetats nicht ausgenommen werden. Wenn heute pro Kopf der Bevoelkerung mehr als sechsmal so viel fuer Soziales ausgegeben wird als 1970, sollte hier nennenswert gespart werden koennen, ohne wirklich Beduerftige zu treffen.

Der Sozialstaat muss sich wieder auf das Subsidiaritaetsprinzip besinnen. So sollte rasch die Gesundheitspraemie eingefuehrt werden. Das wuerde die Arbeitskosten entlasten und sicherstellen, dass der Staat die gesetzlich Krankenversicherten nur dann unterstuetzt, wenn deren Gesamteinkommen - die Vermoegenseinkuenfte mit eingerechnet - unzureichend ist. Dem Subsidiaritaetsprinzip entspricht es auch, die Hinzuverdienstregeln beim Arbeitslosengeld II so zu veraendern, dass sich Vollzeitarbeit mehr lohnt als das mit einem Einkommen aus einem Minijob aufgebesserte Ausharren im Hartz-IV-Bezug. Wenn mehr Eigenverantwortung richtig ist, sollten moeglichst viele Buerger auf eigenen Beinen stehen koennen. Fuer jeden einzelnen wie fuer die Volkswirtschaft gilt: Wirtschaftlicher Erfolg und Wohlstand sind eng korreliert.

Das Risiko der Arbeitslosigkeit war in der Vergangenheit fuer Personen ohne Berufsabschluss sechsmal so hoch wie fuer Hochschulabsolventen. Deswegen waere es verfehlt, im Bildungsbereich den Rasenmaeher einzusetzen. Bund und Laender sollten vielmehr an dem vereinbarten 13-Milliarden-Programm festhalten. Deutschland braucht mehr junge Menschen mit Hochschulabschluss. Ebenso bedarf es vermehrter Anstrengungen bei der Integration. Deutschland sollte also nicht lamentieren, sondern die Erfordernisse als Katalysator fuer eine zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik nutzen. Durch intelligentes Sparen, hoehere Investitionen in den Nachwuchs und den Abbau buerokratischer Wachstumshemmnisse kann der Staat der Schuldenkrise entrinnen. Hermann-Josef Lamberti ist Mitglied des Vorstandes der Deutsche Bank AG...

Fokus Deutschland

Warnend-Negativ